

WKf-07 Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

Gremium: Bundesvorstand, BAG Bildung, BAG Energie, BAG Landwirtschaft, BAG Mobilität und Verkehr, BAG Planen Bauen Wohnen, BAG Tierschutz, BAG Wirtschaft und Finanzen, BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 03.10.2019

Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung
- 3 des Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5
- 4 Grad“ zu halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen, wie das
- 5 natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sollten voranschreiten und bis Mitte
- 6 des Jahrhunderts klimaneutral werden.
- 7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen
- 8 auf der Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
- 9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf
- 10 fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Das heizt die
- 11 Atmosphäre immer weiter auf. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die
- 12 vergangenen vier Jahre waren weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits
- 13 jetzt ist die globale Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um
- 14 etwa 1 Grad[\[3\]](#) angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des
- 15 Meeresspiegels verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen
- 16 Kipppunkte erreicht, steuert die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu. Irreversible
- 17 Kipppunkte, wie das Abtauen der Permafrostböden, sind zum Teil schon jetzt erreicht –
- 18 über 70 Jahre früher als wissenschaftlich angenommen. Landstriche werden überflutet,
- 19 trocknen aus und werden unbewohnbar. Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen
- 20 Lebensgrundlagen betroffen sind die Ärmsten der Armen. Im Globalen Süden sind viele Menschen
- 21 aufgrund von Dürren oder Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

22 Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Auf den Feldern, in den Wäldern.
Mehr als
23 180.000 Hektar Waldfläche, was 250.000 Fußballfeldern entspricht, sind bereits durch
die
24 Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich
zu
25 reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, was das 1,5-Grad-
Limit
26 endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird
27 Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß
dem
28 Sachverständigenrat für Umweltfragen[4] ergibt sich aus dem jüngsten Sonderbericht
des UN-
29 Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein
30 verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO₂ ab
2020[5]. Bei
31 fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger als neun
Jahren
32 verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur
33 Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert
34 überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

35 Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je
rascher
36 wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in
die
37 klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr
hingegen, in
38 dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der

39 Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die
sich in
40 entschlossenem Handeln ausdrückt, und eine Fokussierung der Debatte auf die
nächsten fünf
41 Jahre statt auf Langfristziele.

42 Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird
entschieden,
43 ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den
Ausbau
44 des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, ob öffentliche
Mittel für
45 Infrastruktur auch für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu
entscheiden,
46 wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima
rauskommen. Die EU
47 muss als eine Hauptverursacherin der Klimakrise ambitioniert vorgehen – jetzt!
Europa hat
48 die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren
Grenzen
49 demokratisch erreicht werden kann.

50 Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

51 Ohne Zweifel sind die Herausforderungen enorm. Wir sehen aber auch nie
52 dagewesene Chancen
53 für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Klimaschutz macht unsere
54 Städte
55 grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht
56 uns
57 unabhängig von russischem Gas und saudischem Öl. Klimaschutz eröffnet unseren
58 Unternehmen
59 neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

56 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns
57 kein
58 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006
59 deutlich, dass
60 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration
61 bei
62 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten
63 einer
64 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf
65 Prozent des
66 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von
67 Risiken und
68 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr
69 ansteigen.

63 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
64 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte
65 klimafreundliche
66 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren
67 können
68 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen.

67 Wir müssen im Hier und Heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir
68 werden das
69 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden
70 Änderungen
71 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.

70 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen. Deshalb ist eine aktive
71 politische
72 Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale Absicherung und
73 Balance.
74 Klimaschutz erfordert eine aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial
75 faire
76 Rückerstattung der CO₂-Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und
77 schließlich
78 gilt: Die notwendigen Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn
79 wir es
80 schaffen, gemeinsam die notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen
81 anzugehen, neue
82 Wege auszuhandeln und so die Menschen mit auf den Weg nehmen.

77 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite
standen
78 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen
sind. Auf
79 der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die nicht in der Lage war,
mehr
80 als Trippelschritte zu liefern.

81 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
82 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein
Angebot
83 an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über Gewerkschaften,
progressive
84 Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden und allen, die sich
noch
85 anschließen wollen. Gemeinsam, im Bündnis mit ihnen wollen wir die Wende in der
Klimapolitik
86 schaffen und die Chancen des Klimaschutzes für mehr Gerechtigkeit und
Zusammenhalt nutzen.

87 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
88 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist
dabei für
89 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen
werden
90 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass
auch
91 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch
gesellschaftliche
92 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die
wir heute
93 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen
selbstverständlich in den
94 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die
daraus ableiten,
95 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt
die
96 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive
Innovationen
97 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom
alten
98 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt
schnell
99 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

100 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und
ordnungsrechtlichen Rahmen**

101 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem
verbindlichen
102 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen
bei
103 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim

Klimaschutz

104 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
105 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die
106 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim
107 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch
108 die
108 Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft
109 in die
109 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

110 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 111 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 112 • eine „CO₂-Bremse“, mit der jedes neue Gesetz auf seine „Klimawirksamkeit“
113 überprüft
113 werden soll („climate mainstreaming“), verbindlich in der Verfassung verankern.
114 Damit
114 werden alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf
115 das
115 Klima zu überprüfen sein sowie Klimaschutz wird insgesamt besser einklagbar.

116 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle
117 Klimaschutzmaßnahmen bildet:

- 117 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 118 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren
119 mit
119 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 120 • dichte Kontrolle, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 121 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

122 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die
123 zentrale Rolle

123 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das
124 Ordnungsrecht

124 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
125 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein,
126 dass er

126 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige
127 könnten

127 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten
128 der

128 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-
129 Preis,

129 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen
130 Vorteile der

130 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der

ordnende

131 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

132 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln zu

133 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste

134 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist,

135 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.

136 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten entwickelt

137 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits

138 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir Klimaschutz

139 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und rechtlich

140 verbindlich.

141 **2. Planungen beschleunigen**

142 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente

143 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und Qualifizierung von

144 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den Kommunen knapp

145 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend erforderlich, hier

146 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden Behörden das Planen

147 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle

148 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.

149 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den Kommunen und

150 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern. Ebenso

151 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und wir

152 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,

153 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und Genehmigungsverfahren

154 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau bei

155 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt für

156 Neubauten heranzieht.

- 157 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle
CO₂-
- 158 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 159 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch,
um sich
 - 160 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
 - 161 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und
so die
 - 162 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von
Konflikten
 - 163 ermöglicht wird,
 - 164 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die
 - 165 Untersuchungsergebnisse des
 - 166 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden
können; sich
 - 167 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt
werden,
 - 168 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
Genehmigungsverfahren
 - 169 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes
übernommen
 - 170 werden,
 - 171 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
Verfahren
 - 172 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und
 - 173 vereinfacht
 - 174 werden, auf die dann die Vorhabenträger*innen zurückgreifen können,
 - 175 • wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim
Artenschutz etwa
 - 176 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und
für
 - 177 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
Anrechnungsvereinfachungen,
 - 178 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
179 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

180 **3. Ökonomische Anreize richtig setzen**

- 181 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die
notwendigen
- 182 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.
- 183 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
184 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer

185 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch
wirksame,
186 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
187 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
188 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten
der
189 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen
von 2016
190 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben
den
191 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

192 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
193 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen
konterkariert. In
194 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile
Brennstoffe
195 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund
110 Euro
196 pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
197 Folgendes einsetzen:

- 198 • Die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-
Komponente
199 reformieren. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren sollte aktuell bei 40 Euro
liegen
200 und 2021 auf 60 Euro steigen, um etwas zu bewirken. Der Preis muss danach
weiter
201 planbar ansteigen. Dafür schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges
Gremium vor,
202 das bis zu einer Einigung auf europäischer Ebene die Preissteigerung fortführt.
- 203 • Mit den Einnahmen senken wir die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige
Minimum
204 ab und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein.
- 205 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung dementsprechend bei der
Neufassungen
206 der Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung
eintreten. Wir
207 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
208 eingeführt wird.
- 209 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
210 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen
europäischen
211 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in
Höhe von
212 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss

hier
nachgesteuert werden.

- Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

4. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum Beispiel

- die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- dem immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder
- die Nichtbesteuerung von Kerosin.

5. Klimafreundlich wirtschaften

Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt und nicht wie heute strukturell erschwert. Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand“ ausführlich unsere Vision für ein gesamthaftes positiv transformiertes Wirtschaftssystem. Ausgewählte wesentliche Aspekte, die auch das Klima betreffen, sind:

- Unseren gesellschaftlichen Erfolg wollen wir nicht mehr nur mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnen, sondern darüber hinaus auch unseren Erfolg im Klimaschutz in die gesellschaftliche Wohlstandsmessung und -steuerung integrieren, wie etwa den absoluten CO₂-Ausstoß. So verändern wir die gesellschaftliche Wahrnehmung und

- 240 Prioritätensetzung im Einklang mit den planetaren Grenzen im Sinne des neuen
241 Wohlstandskonsenses.
- 242 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die
243 Buchhaltungsregeln und
244 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die
245 nicht nur
246 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst
247 und
248 steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen
249 zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.
 - 247 • In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr
248 Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und
249 Dematerialisierung
250 entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr
251 Energiehunger
252 anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen,
253 wirtschaftliches
254 Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln.
 - 252 • Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen
253 Ebenen
254 sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
 - 254 • Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen
255 die
256 Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz
257 des Klimas
258 und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen
259 müssen
260 zum Vorbild anderer voranschreiten können.
 - 258 • Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter,
259 unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und
260 Bürger*innenforen.
 - 261 • Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch
262 für
263 Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense
264 Ausbau der
265 Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-
266 Programm oder auch
267 die intensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs
268 bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

266 **6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele**

267 Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen
268 wir die
269 nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

269 6a. Stromerzeugung erneuerbar

270 Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300
Millionen
271 Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur
Einhaltung
272 der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der
273 erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes
Klimaschutzes. Um
274 die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien
nicht
275 mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich,
sondern
276 auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig auf elektrischer Basis
betrieben und
277 massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an
erneuerbarem
278 Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für
erneuerbare
279 Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es
geht nun
280 also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen
281 Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent
erneuerbaren
282 Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

283 Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns
derzeit
284 aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das
größte
285 Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen
müssen. Die
286 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat nun endlich einen Plan
zum
287 Kohleausstieg vorgelegt. Es ist nicht unser Plan, aber das Einzige, was wir derzeit in
einem
288 gesellschaftlich vereinbarten Kompromiss haben. Gerade mit Blick auf das Enddatum,
das nicht
289 Paris-kompatibel ist, gibt es Korrekturbedarf – deshalb haben die am Ergebnis
beteiligten
290 Umweltverbände und Wissenschaftler*innen Revisionsklauseln verankert und ein
Sondervotum
291 abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor
deutlich
292 zu reduzieren. Das heißt viele Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um 2030
auch aus
293 der Kohle aussteigen zu können. Wir machen uns daher dafür stark:

- 294 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel

- 295 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten
296 abzuschalten,
297
- 298 • einen verbindlichen und möglichst entschädigungsfreien Abschaltplan für
299 Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022,
 - 300 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer
301 Energien
302 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.
- 303 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
304 umgehend
305 und massiv voranbringen.
- 306 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren
307 Energien fast zum
308 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen
309 Erneuerbare-
310 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein
311 Anti-
312 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
313 Hindernisse
314 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche
315 Skandal.
- 316 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang
317 bringen.
- 318 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
319 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden
320 und
321 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
322 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar
decken und auch
noch einen Teil der Sektorenkopplung. Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent
Erneuerbaren kann nur gelingen, wenn wir sie endlich umfassend europäisch denken
und
zugleich die Potenzial der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.
- Für die erneuerbaren Energien in den Bereichen Industrie, Wärme, Verkehr wollen wir
Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union aus dem
Sonnengürtel
zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche Energiepartnerschaften
müssen auf
Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger*innen in der Region verhandelt
werden. Die
Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus welcher die Energie
geliefert wird.
- Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu
kleinteilig
denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von
Erneuerbaren
zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und

energieeffiziente

323 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und
ambitioniertere

324 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft,
klimafreundlicher

325 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen
Stromquellen auch

326 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der

327 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer
der Raum

328 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der
Bedarf am

329 Ausbau.

330 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

331 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und
Stromeinsparungen

332 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel
und

333 Dienstleistungen,

334 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehafung von zwei
auf fünf

335 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,

336 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich
steigende

337 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und
sparsamere

338 Rechnerleistungen.

339 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
Maßnahmen:

340 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich
gestrichen

341 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
342 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Der

Europäische

343 Gerichtshof hat entschieden, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keine
Beihilfe

- 344 darstellt und deshalb nicht unter die Beschränkungen der Beihilferichtlinie der
345 Europäischen Union fällt.
- 346 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms muss gesichert
werden.
 - 347 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der
348 2020er Jahre
von 7-8 GW.
 - 349 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und
350 gesonderte
Ausschreibungen.
 - 351 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der
352 Landesfläche
353 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen
Windenergieanlagen errichtet werden können.
 - 354 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden
355 Gemeinden und
356 damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen
teilhaben.
 - 357 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen
358 durch
Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
Naturschutz
359 sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den
360 Ausbau von
Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter
361 Bestandsentwicklung die
Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.
 - 362 • Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2030 anzuheben. Dazu
363 brauchen
wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
 - 364 • Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord-
und Ostsee-
365 Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die
Räume außerhalb
366 der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur
367 Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
 - 368 • Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen,
für

369 Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro
370 Jahr.

- 371 • Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten.
- 372 • Ausbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie und Facharbeiter*innen in
373 der
374 Solarzellenproduktion.
- 375 • Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche
376 Bürgschaften.

377 **Flächen effizient nutzen.** Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir
378 brauchen, benötigt
379 Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der
380 Landesfläche.
381 Hinzu kommen gut drei Prozent der Ackerfläche für Photovoltaik. Dafür können wir
382 nicht für
383 Lebensmittel genutzte Ackerfläche umwidmen: Potenzial bieten Ackerflächen in einer
384 Größenordnung von ca. acht Prozent, die heute noch für Kraftstoffproduktion genutzt
385 werden,
386 zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung
387 durch
388 Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und
389 Landwirte,
390 die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind,
391 fördern wir
392 einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch die
393 Verbindung von
394 Agro-PV-Anlagen mit Permakultur können sogar höhere Erträge als heute erzielt
werden.

384 Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- 385 • Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene
386 Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen
387 zur
388 Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr
389 zu
390 verstehenden steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich
391 reduziert und
392 vereinfacht werden.
- 393 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im
394 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und
Bürokratie
395 abbauen. Die Vermarktung und Verwendung auch über das Herstellungsgebäude
396 hinaus im
397 Quartier muss lohnend und einfach werden. Die Verpachtung von Dächern und
398 die
399 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend

395 werden, für
396 Erzeuger*innen und Nutzer*innen.

- 396 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, um die dezentrale
397 Ökostromversorgung zu erleichtern.
- 398 • Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen und Anliegergemeinden von Wind-
und
399 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für
400 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und
401 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei
der
402 Modernisierung von Altbauten.
- 403 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen
Windanlagen
404 und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 405 • Die Sektorkopplung voranbringen, den Strommarkt gemäß den europäischen
Vorgaben
406 reformieren und die Digitalisierung der Stromversorgung vorantreiben.
- 407 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die
Stromerzeugung aus
408 Bioenergie zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass
die
409 Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und dann Strom erzeugen, wenn wenig
Wind- und
410 Solarenergie zur Verfügung steht, und sie möglichst weitgehend auf Rest- und
411 Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 412 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der
Industrie
413 und kleineren und mittleren Unternehmen.
- 414 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in
nationales
415 Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf
Dach oder
416 Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an
Nachbar*innen
417 verkaufen.
- 418 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit fossile
419 Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt
werden
420 kann.

421 Parallel dazu setzen wir auf:

- 422 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer
423 damit verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 424 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der
425 energiebezogenen Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis
426 2030. Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 427 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein
428 Investitionsprogramm „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
429 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
430 Gaskavernen und der Einsatz in Industrieprozessen.

431 6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden

432 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
433 Sanierungsrate zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen
434 bei Weitem nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es
435 hundert Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudebereich zu schaffen – wir brauchen ihn
436 aber viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt
437 gemeinsam mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern, die in der Regel keine Bau- oder
438 Planungsexpert*innen sind, allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch hin zu
439 ökologisch modernen Gebäuden schaffen. Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen
440 Sanierungskrediten mit wahlweise langen Laufzeiten unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der
441 energetischen Gebäudemodernisierung. Ein CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung
442 wirtschaftlicher als bisher. Damit alle Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der
443 Energiewende in Gebäuden mitmachen und partizipieren können, braucht es
444 zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen. Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als
445 Anreiz für energetische Sanierung. Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen
446 steuerliche Anreize zur Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam
447 ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die nachweislich auf dem vom
448 Pariser Abkommen vorgegebenen Minderungspfad liegen. Durch eine progressionsunabhängige
Abschreibung müssen

- 449 alle gleichermaßen davon profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur
KfW-
450 Förderung ausgestaltet sein.
- 451 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den
erneuerbaren Energien.
- 452 Wir wollen
- 453 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht,
weg von
454 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer
455 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus
verschiedenen
456 erneuerbaren Quellen gespeist werden können,
 - 457 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen
Energiebericht
458 verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und
nachgesteuert werden
459 kann. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen
Gebäudebestand zu
460 kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine
datenbasierte
461 Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den
einzelnen
462 Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung
der
463 nötigen Investitionen sein,
 - 464 • den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand
deutlich
465 anheben,
 - 466 • den Passivhausstandard für alle Neubauten sowie Fassaden- oder
Dachbegrünung sowie
467 Plus-Energiegebäude fördern,
 - 468 • eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige
Sanierungsrate
469 überhaupt zu ermöglichen.
- 470 **Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für**
Eigentümer*innen. 16 der 19
471 Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon
sind noch
472 vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht
energetisch
473 modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der
Regel keine
474 Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten

Klimainformationen und

475 Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- 476 • ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“: ein Förderprogramm für den Tausch
477 der Ölheizung gegen eine moderne Heizung mit Sonnenwärme, Wärmepumpe oder Holz,
- 478 • dass Ölheizungen ab sofort und fossile Gasheizungen ab 2025 nicht mehr
479 eingebaut werden,
- 480 • der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung,
- 481 • das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen
482 können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von
483 fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und
484 Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche
485 Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- 486 • ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und
487 Zweifamilienhäusern:
488 Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen
489 kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt
490 geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer
491 Wärme werden kann,
- 491 • einen finanziellen Zuschuss für eine fachkundige Energie-Bauleitung: Die
492 Energieberater*in wird dazu als Bauleiter*in zur Umsetzung einzelner Schritte
493 des Klima-Fahrplans für das Haus tätig. Sie beauftragt alle Handwerkerinnen und
494 Handwerker und prüft deren Arbeit.

495 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll
496 wissen, wie es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem
497 wollen wir Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür
498 wollen wir:

- 498 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/
seine

- 499 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen
500 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
- 501 • Klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r
502 leisten kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
503 Wohnungen wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch
504 Haushalte mit kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm
505 „Gutes Klima im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
506 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei
507 kommunalen Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls in den Ländern und
508 Kommunen. Im Mietrecht senken wir die Modernisierungsumlage, d.h. die Mieterhöhung nach
509 Modernisierung, deutlich ab und kappen sie bei höchstens 1,50 Euro je
Quadratmeter.
- 510 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die
511 Bausteine der Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und
512 Quartiere, Stadt und Land. Dazu gehören:
- 513 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
514 Modernisierung und saubere Wärmenetze – um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen,
 - 515 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die
516 Quartierssanierung ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel
517 und Dörfer und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor
Ort,
 - 518 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre
519 Wohnung klimafreundlich modernisieren wollen,
 - 520 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
521 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
Bundesverwaltung;
522 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
 - 523 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service
524 und Klima-Check.
- 525 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht
wird.

526 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen
und bessere

527 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- 528 • Förderprogramme für die Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe,
- 529 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz,
das an
- 530 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
- 531 • Niedrigenergiehäuser als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei
Neubauten, und
- 532 bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung bestehender Altbauten soll das
KfW-
- 533 Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein,
- 534 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
535 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.

536 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der
Wärmeversorgung erfolgt

537 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der
leitungsgebundenen Wärme

538 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von

539 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von gewerblicher und industrieller
Abwärme.

540 Wir wollen:

- 541 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden
Förderprogramme erhöhen,
- 542 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher
auflegen,
543 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens
einen großen
544 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
545 Stromversorgungssystem erhöht wird,
- 546 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
- 547 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und
gewerblicher
548 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und
Fernwärmeversorgung
549 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren.

550 6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr

551 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von
einem

552 Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit

- 553 entfernt. Die Emissionen sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle
Klimaziele im
- 554 Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von
Deutschland
- 555 ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.
Allein
- 556 die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden
Euro.
- 557 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern
und
- 558 klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur
559 ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und
560 Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende
Verkehrswende auf den
- 561 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig
auf
- 562 immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.
- 563 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von
Verkehrsangeboten, mit
- 564 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des
Verkehrs
- 565 vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele
im
- 566 Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag
im Stau
- 567 stehen oder in Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und
568 Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern.
- 569 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:
- 570 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der
Verkehrspolitik.**
- 571 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher,
ökologischer
- 572 und technischer Maßnahmen heißt:
- 573 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan
für
 - 574 Mobilität neu aufzustellen,
 - 575 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch
über die
 - 576 Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum
Beispiel
 - 577 autofreie Innenstädte innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit
578 benachbarten Kommunen gestalten, Fahrradstraßen und Fußwegenetze oder
auch Tempolimits
 - 579 einführen,
 - 580 • den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den
Kauf von

581 Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung
582 öffentlicher Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

583 **Die Bahn flott machen.** In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den
Straßenbau
584 investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde.
Jetzt ist die
585 Schiene dran! Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf
Straße“
586 auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau
fließen.
587 Mauteinnahmen müssen auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine
neuen
588 Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend
erschlossen
589 ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind.
Die Bahn
590 ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz
591 elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch
erhebliche
592 Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- 593 • Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende
594 Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen,
595 Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen ausbauen.
- 596 • Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr
2030
597 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden
Strecken
598 sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative
599 Antriebe umgestellt.
- 600 • Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt,
601 Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- 602 • Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen zu
603 verdoppeln.
- 604 • Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des
Schienenverkehrs
605 sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- 606 • Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur
607 Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit
einhergehend
608 Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.
- 609 • Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte
610 Schienenstrecken inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige
Trassen
611 wieder zu ertüchtigen.

612 **Den öffentlichen Personenverkehr stärken.** Damit alle bezahlbar, verlässlich und
 613 klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser
 614 die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:

- 615 • ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien
 616 zugunsten des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- 617 • die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen
 618 Personennahverkehrs,
 um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- 619 • einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen,
 620 Share-Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- 621 • eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte
 622 Förderung strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und
 623 verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- 624 • die Förderung von bundesweit zehn Kommunen im Rahmen von Modellprojekten
 625 , die auf einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen, indem wir
 626 die rechtlichen Hürden für Kommunen abbauen,
- 627 • das Nutzen der Digitalisierung, um weitere Kapazitätserhöhungen und
 628 Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen,
- 629 • ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den
 630 Städten zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse,
 Straßenbahnen),
- 631 • die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund
 632 auch im Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzeptes in
 633 Zusammenarbeit mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur
 634 mit allen notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.

635 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Schwer zu glauben, aber wahr: Einen großen Teil
 636 ihrer täglichen Wege legen die Menschen zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Und vier von
 637 zehn Autofahrten in der Stadt sind unter fünf Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem
 638 Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden können. Dem Fuß- und Radverkehr wird

bislang aber

639 meist nur so viel Platz zugestanden, dass der Auto- und Lastwagenverkehr
ungehindert rollen
640 kann. Höchste Zeit, dass diese klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht
mehr

641 behindert, sondern gefördert und sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 642 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und
Fahrradfahrer*innen in
643 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des
Parkraummanagements durch
644 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 645 • Modellprojekte für autofreie Innenstädte und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 646 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
Fußverkehr,
- 647 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher
Kommunen
648 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 649 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts,
um
650 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und
deutlich
651 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
verkehrsgefährdendes
652 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 653 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und
Fußverkehr
654 umzusetzen.

655 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
656 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und
zum
657 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 658 • die Einführung eines allgemeinen Sicherheitstempo von 130 km/h auf
Autobahnen,
- 659 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen, indem Kommunen
ermöglicht
660 wird, leichter darüber zu entscheiden,
- 661 • ein automatisiertes Verlangsamten vor besonderen Gefahrenzonen wie
Kreuzungsbereichen,
662 Schulen oder Krankenhäusern,
- 663 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

- 664 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut
funktionierendem
665 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle
spielen –
666 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die
richtigen
667 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft
klimafreundlicher
668 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche
669 Nutzungskonzepte gibt:
- 670 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen
werden.
 - 671 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in
der
672 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und CO₂-
intensive
673 Fahrzeuge teurer macht, sowie durch Quoten für E-Autos. Diese Quoten sollen ab
2021
674 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er Jahre drastisch weniger
Autos
675 mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
 - 676 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel
vorangehen
677 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
 - 678 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
679 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
680 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Ladestellen mit
unkomplizierter
681 Handhabung und Abrechnung sowie mit transparenten Preisen, genauso wie den
Abbau
682 bürokratischer Hürden für Ladestellen in Wohnhäusern.
 - 683 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie
steuerliche
684 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasarmer Autos statt die
685 Subventionierung schwerer Dienstwagen.
- 686 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs**
beenden. Wir wollen nahezu
687 alle innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch
schnelle und
688 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Dazu muss massiv
in die
689 Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich die
Subventionierung des
690 Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr klimafreundlicher

gemacht

691 werden. Wir wollen:

- 692 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 693 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der
694 Steuern
695 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang
696 erhoben
695 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
696 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 697 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 698 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern
699 entsprechend des
wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 700 • die Start- und Landegeühren für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche
701 und
laute Flieger erhöhen,
- 702 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
703 international vorantreiben,
- 704 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und
705 Kraftstoffen
fördern,
- 706 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den
707 Europäischen
Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 708 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

709 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu.
Gleichzeitig

710 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das

wollen

711 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 712 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie
Ausdehnung der
- 713 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 714 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
715 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 716 • den Güterverkehr reduzieren durch regionale Wirtschaftskreisläufe und
Verlagerung des
- 717 Restverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger,
- 718 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
719 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
720 Markteinführungsförderung,
- 721 • es mehr Pilotprojekte für oberleitungsgebundene E-Lkw geben. So wollen wir
722 klimafreundliche Alternativen im Güterverkehr stärken.

723 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 724 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in
eine
- 725 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und
die
- 726 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 727 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 728 • die Kreuzschifffahrt Auflagen und Bedingungen unterwerfen,
- 729 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig
marode
- 730 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
731 langfristig sichern,
- 732 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
aufbauen,
- 733 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen,
um
- 734 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 735 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 736 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global,
in
- 737 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
738 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

739 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 740 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
741 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe
742 und
743 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland
744 hat die
745 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die
746 Forschung
747 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 745 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von
746 Verkehrs- und
747 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind
748 hier
749 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

748 6d. Zukunftsfähige Industriepolitik

- 749 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als
750 bisher.
- 751 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
752 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der
753 Einsatz
754 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben und die für eine
755 ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten Innovationen auszulösen.
756 Gleichzeitig
757 birgt gerade der immense Energiehunger der digitalen Transformation das Risiko, zum
758 Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden. Deshalb braucht es verbindliche
759 Energiestandards für Datenzentren, zum Beispiel über einen Top-Runner-Ansatz.
- 757 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
758 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:
- 759 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des
760 Emissionshandels,
761 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
762 Forschungsförderung,
 - 762 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen: Verlängerung der
763 entsprechenden Regelungen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz,
 - 764 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit
765 der
766 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und
767 Grenzausgleichsmaßnahmen
768 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen
769 Wettbewerb
770 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig
771 soll
772 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie

Technologien

- 769 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 770 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
771 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
772 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
773 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche
774 Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die
775 Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
776 erstatten, die ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen
777 („Carbon Contract for Difference“),
- 778 • Klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen
779 Beschaffung auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien;
780 Einsatz recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
- 781 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen
782 planungssicherer zu gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen
783 wir die Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
784 ansteigende Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch
785 Windrädern und Gebäuden festzulegen,
- 786 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die
787 Bekämpfung der Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
788 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und
789 Entwicklungsförderung, die wir sozial-ökologisch ausrichten möchten, die
790 Hightech-Strategie, die KI-Strategie oder die neue Agentur für Sprunginnovationen,
- 791 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern,
792 zum Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten
793 (z.B. Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
- 794 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch
795 eine verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten
796 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die

797 Hälfte
798 reduziert werden,

- 798 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches
799 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis
800 2030, durch
801 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-
802 Richtlinie,
803 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der
804 Kreislaufwirtschaft,
805 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von
806 Plastik in die
807 Kunststoffproduktion.

804 6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen

805 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen
806 angewiesen

806 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die
807 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der
808 Klimakrise

808 – und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
809 Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden,
810 sondern es zu

810 einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

811 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine
812 Sackgasse für

812 Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder
813 weiche!“,

813 produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich
814 ändern, so

814 dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als
815 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
816 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
817 anzuhetzen. Immer mehr Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse
818 führt.

818 Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung
819 kommen.

819 Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine
820 Strategieänderung

820 brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern
821 und

821 Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähigere
822 Kulturen

822 und Sorten angebaut werden, um den Extremsommern – die in der Zukunft Normalität
823 sein

823 könnten – besser trotzen zu können.

824 Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor
825 allem der

825 übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die

- 826 Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich.
 Heute
 827 wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die
 828 Produktion und der Konsum von Fleisch müssen sinken, Dumpingpreise der
 Vergangenheit
 829 angehören.
- 830 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:
- 831 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der
 832 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab
 833 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann
 nur
 834 noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.
 835 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
 836 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden
 und
 837 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine
 klimagerechtere
 838 Landwirtschaft voranzubringen.
 - 839 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche:
 Dafür wollen
 840 wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den
 Ökolandbau
 841 investieren.
 - 842 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tiergerechte Haltung: Die Landwirtschaft
 soll
 843 ihre Tierhaltung art- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei
 reduziert
 844 werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und maximal bei zwei
 845 Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Im Gegenzug
 soll es
 846 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und
 Lachgas-
 847 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen
 Fleischkonsum und -
 848 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
 - 849 • Auflegen eines Brachflächenprogramms als Kurzfristmaßnahme: Landwirtinnen
 und
 850 Landwirte, die ihren tierhaltenden Betrieb aufgeben wollen, sollen diesen an
 einen
 851 staatlichen Fonds verkaufen können, der die Flächen in eine extensive Nutzung
 oder
 852 Brache überführt.
 - 853 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw.
 von
 854 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche

Regelungen im
Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.

- 855
856 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission
857 für Klima-,
858 Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete
859 neben
860 einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die
861 ausgebracht werden
862 darf, deutlich begrenzen. Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt,
863 soll
864 ab 2022 eine Stickstoffabgabe erhoben werden.
- 865 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum
866 und ist
867 gut für Böden und Humus.
- 868 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des
869 Fleischkonsums
870 aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und
871 veganer
872 Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und
873 veganen
874 Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen.
- 875 • Entwickeln von Alternativen zu Fleisch: Fleischersatz aus pflanzlichen Zutaten
876 sowie
877 künstlich hergestelltes Fleisch werden zukünftig eine größere Rolle spielen. Die
878 Erforschung solcher Alternativen halten wir für richtig und wichtig, denn sie
879 eröffnen
880 eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid, Nitrat und mit deutlich
881 geringerer
882 Klimabelastung herzustellen. Auch wenn sie noch nicht marktfähig sind,
883 unterstützen
884 wir sie. Dies ist zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren und die
885 Landwirtschaft zu extensiveren. Er sollte weiter gegangen werden.
- 886 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren,
887 setzen
888 wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt,
889 auf dem
890 Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige
891 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt
892 wird.
- 893 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die
894 Lebensmittelverschwendung
895 halbiert werden – das ist eins der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu
896 erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der
897 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und
898 Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder

883 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder
EU-
884 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar
nicht
885 erst die Supermarktregale erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelpenden
886 erleichtern und Containern straffrei machen.

887 **Wälder schützen...**

888 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz
889 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen,
gesunden
890 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes
auch
891 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den
Fehlern
892 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen,
brauchen wir
893 jetzt naturnahe Laubmischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den
Dürresommer 2018
894 und die Hitzeperioden dieses Jahres droht jetzt ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik
muss
895 daher auf allen Ebenen umsteuern:

- 896 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder und ökologische
Bewirtschaftung
897 gesetzlich festlegen und fördern; alte Wälder dauerhaft schützen und mit einem
898 Moratorium den Einschlag alter Bäume stoppen,
- 899 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste
900 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip
901 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 902 • Wiederbewaldung mit standortheimischen Baumarten auf zerstörten
Waldflächen, in Auen
903 und Niederungen fördern,
- 904 • fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Urwaldflächen bundesweit
festschreiben, in
905 öffentlichen Wäldern bereits heute zehn Prozent Urwaldfläche verbindlich
machen,
- 906 • Holzverbrauch senken: Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und
nachhaltig
907 genutzt werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der
Holznutzung für
908 langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle steht. Erst
ganz am
909 Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und Papierprodukte entstehen
oder
910 Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von landbasierter

- 911 Biomasse für
 912 energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die direkte
 913 Verbrennung von
 914 Frisch-Holz muss zurückgehen,
 915 • Kohlenstoffsенke des Waldes durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit
 916 einer
 917 Reduktion des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit
 918 natürlicher Waldentwicklung erhalten, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise
 919 zu
 920 ermöglichen,
 921 • die Nutzung von landbasierter Biomasse für energetische Zwecke nicht weiter
 922 ausbauen,
 923 die direkte Verbrennung von Frisch-Holz verringern, stattdessen durch
 924 Kaskadennutzung
 925 aus weniger Holz mehr machen.

920 **...und Moore auch.**

- 921 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte
 922 Moorböden,
 923 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands
 924 ausmachen,
 925 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.
 926 Moorschutz
 927 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
 928 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.
 929 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
 930 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten
 931 wir ein
 932 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund
 933 und Ländern und
 934 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von
 935 Agrarsubventionen für die
 936 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
 937 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
 938 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung bis 2030 gestoppt
 939 werden.
 940 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
 941 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen.
 942 Dazu
 943 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
 944 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
 945 Alternativen ersetzen.

938 6f. Green Finance

- 939 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten
Strategie
940 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
941 finanziert:
- 942 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen –
müssen Risiken,
943 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent
berücksichtigen. So
944 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von
Paris
945 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft
werden. Das
946 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
947 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig
offengelegt
948 werden.
 - 949 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der
Bewertung
950 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum
Beispiel
951 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge
bei
952 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken
bergen.
 - 953 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld
mit gutem
954 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige
Finanzprodukte mit
955 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
956 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können
Anleger*innen
957 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch
958 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie
959 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.
 - 960 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz
leisten. Als
961 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren
962 Klimaschutzzielen konform sind.
 - 963 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien, denn
die
964 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur
für Arbeit
965 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der
Bund kann
966 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine

967 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
Klimas
968 machen, beenden (Divestment).

969 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

970 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie
zeigen

971 Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme,
wie zum

972 Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum
Beispiel zum

973 Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter
fortgeschritten

974 ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu begrenzen,
erfordert

975 gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche Begleitung sowie eine
„Bildung

976 für nachhaltige Entwicklung" (BNE).

977 Die Pariser Klimaziele sowie wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen, bedeutet
auch

978 negative Emissionen – also das Rückholen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre – bis
Ende des

979 Jahrhunderts in erheblichem Umfang zu erreichen. Das kann zumindest teilweise
gelingen,

980 indem CO₂ in Wäldern oder Böden dauerhaft gebunden wird. Wir wollen deshalb
Forschung und

981 Erprobung von Technologien für negative Emissionen unterstützen.

982 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon,
genau

983 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon
bei der

984 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß
menschlicher

985 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten
986 Organismen. Das gilt auch für technische Maßnahmen des „Geoengineerings“, mit
denen in die

987 biogeochemischen Prozesse der Erde eingegriffen werden soll, etwa indem Meere
gedüngt oder

988 Schwefelaerosole in der Stratosphäre ausgebracht werden, um die Wolken aufzuhellen
und die

989 Sonneneinstrahlung zu reflektieren. Dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen
Politik

990 entspricht das nicht. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der

991 Umkehrbarkeit messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in
der

992 Folge neue Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig
gemacht

993 werden können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen

die

994 Freiheit. Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

- 995 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,
996 Volkshochschulen, Hochschulen etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen
997 Ebenen
997 besser verankert werden. Ausgehend von der zeitlich bedingten Notwendigkeit,
998 muss
998 Bildung für nachhaltige Entwicklung im gesamten Bildungs- und
999 Wissenschaftssystem
999 maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen, Inhalte und Ziele bestimmen.
- 1000 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht
1001 es unter
1001 anderem Klima-, Energie- und Akzeptanzforschung, Forschung zur Zukunft der
1002 Arbeit und
1002 (Agrar-)Wirtschaft, Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“ und
1003 Innovationen in der
1003 Klimafolgenanpassung.
- 1004 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist
1005 es für
1005 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von
1006 Verwertungsinteressen
1006 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1007 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog
1008 verloren
1008 gehen.
- 1009 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen
1010 und trans-
1010 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit
1011 der
1011 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, Forschung mit
1012 Anwohner*innen
1012 sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1013 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon
1014 immer einen
1014 Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1015 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum,
1015 Gebäude und
1016 Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1017 **8. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1018 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen
1018 mehr als
1019 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar,
1019 dass
1020 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als
1020 Gesellschaft
1021 gemeinsam und fair miteinander gestalten. Die notwendige Transformation der

Wirtschaft kann

1022 nur gelingen, wenn sie ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist
1023 auch immer eine soziale Frage.

1024 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung
profitieren:

- 1025 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir ein Energiegeld von
zunächst 100
1026 Euro, das jede Bürgerin und jeder Bürger erhält. Da Menschen mit niedrigem
Einkommen
1027 in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon.
- 1028 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in
teureren
1029 Preissegmenten.
- 1030 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren
verhindern, von
1031 denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
Lebenslagen
1032 betroffen sind.
- 1033 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für
Mieterinnen
1034 und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen
ermöglichen.
- 1035 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den
1036 Mindestlohn
1037 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine
bessere
1038 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1039 • Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen.
Dabei
1040 wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und Qualifizierung sind
dabei
1041 entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen, die Beratung vor
Ort
1042 verbessern und vernetzen, eine sozial gerechte Weiterbildungsförderung
schaffen, die
1043 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und
besonders
1044 betroffene Branchen zielgenau unterstützen.
- 1045 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines klimaschutzbedingten
technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir
1046 ein
1047 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen
zugute, die

- 1048 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1049 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1050 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern
erstellter
1051 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1052 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten
erworben
1053 werden müssen.
- 1054 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es
gezielte
1055 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen
die
1056 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
 - 1057 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1058 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1059 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der
1060 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten
1061 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich
müssen die
1062 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
1063 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt
unverzüglich
1064 eingeleitet werden.
 - 1065 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden,
wenn
1066 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen
wollen wir
1067 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegeld einführen, welches den
Beschäftigten
1068 60 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
 - 1069 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Über Sozialtickets
und
1070 unseren Mobilpass sorgen wir dafür, dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für
Menschen mit
1071 niedrigen Einkommen bezahlbar sind.
 - 1072 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen
und
1073 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
1074 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus
dem
1075 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen
werden. Menschen,
1076 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
1077 werden.

1078 **9. Anpassung an das Unvermeidbare**

1079 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel
Grad
1080 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise
in den
1081 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne
CO₂ an.
1082 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter 2 Grad,
selbst bei
1083 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine
Anpassung daran
1084 ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die
1085 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen
müssen.

1086 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des
Unvermeidbaren
1087 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung
miteinander
1088 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger
gegen die
1089 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung
der
1090 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler
Klimafolgenanpassungsfonds
1091 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der
Klimakrise
1092 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1093 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute
liegen die
1094 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise
zehn
1095 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
arbeiten
1096 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
1097 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr
Bäume,
1098 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie
wirken
1099 wie Klimaanlagen. Mit finanziellen Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und
1100 Fassadenbegrünung, Schattenflächen, Häuserdämmung sowie Kühlung durch
Kältespeicher
1101 und erneuerbar betriebene Wärmepumpen in den Wohnungen, aber auch hellere
Fassaden und
1102 hellerer Straßenbelag gefördert werden. Das ist gut für die Gesundheit der
Menschen,
1103 die Luft und das Klima.
- 1104 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in
1105 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von
Hochwasser
1106 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder

- 1107 sind kaum
finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist
1108 ein
zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen
aufzulegen
1109 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten
erstellt
1110 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Ausweisungen von
1111 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten wollen wir einschränken.
- 1112 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses
Jahrhunderts ist
1113 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen
deutlich
1114 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere
Menschen. Das
1115 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer
um den
1116 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen
Folgeprobleme
1117 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in
den
1118 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für
Warnsysteme,
1119 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-
Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine
1120 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung
bei
1121 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite
Beratungstelefonnummer
1122 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden
abgerufen werden
1123 können.
1124
 - 1125 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen
wir die
1126 Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.
 - 1127 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Pflanzen
intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise
1128 meistern
1129 können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen
bekämpfen nur
1130 die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf
dem Acker
1131 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und
1132 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als
1133 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich

- 1134 stärker
1135 gefördert werden.
- 1136 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten
1137 Jahren mit
1138 Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und
1139 geschützt ist
1140 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den
1141 Humuserhalt
1142 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland
1143 sowie die
1144 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen,
1145 weite
1146 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
 - 1147 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht
1148 nur
1149 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt
1150 zu
1151 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
1152 geschädigter
1153 und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
 - 1154 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme
1155 unabdingbar für
1156 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand pro
1157 Festmeter im Wald
1158 festschreiben und ihn durch Begrünung städtischer Umgebungen steigern. Bei
1159 der
1160 Aufforstung wollen wir zum Vorreiter werden. Dazu setzen wir im Rahmen eines
1161 Waldaufforstungsprogramm auf gesunde Mischwälder und klimarobuste Arten.
 - 1162 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Für den Fall großer Waldbrände braucht
1163 es
1164 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und
1165 eine gute
1166 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen. Doch genauso wichtig wie eine
1167 Waldbrandstrategie ist Waldbrand-Prävention: Dazu gehören
1168 Vorsorgemaßnahmen wie
1169 Schutzstreifen und Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder
1170 insbesondere nach Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu
1171 artenreichen
1172 Mischwäldern. Diese sind weniger brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die
1173 Artenvielfalt.
 - 1174 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche
1175 bauen. Mit
1176 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden
1177 Jahrhunderthochwasser ist
1178 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig.
1179 Dazu
1180 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von

Auen

1162 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die
aufgrund ihrer
1163 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1164 **10. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1165 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen
Anstrengungen
1166 konzentriert, so ist doch völlig klar: Klimaschutz kennt keine Grenzen und muss
europäisch
1167 und global gedacht werden.

1168 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht
verursacht
1169 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen,
besonders
1170 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten
beim
1171 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit
Schwellen- und
1172 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die
klimapolitische
1173 Zusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und
1174 Schwellenländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und
1175 koordinierte Hilfe der Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch
1176 Klimarisikoanalysen und ein Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler
Ebene müssen
1177 die Umsetzung der Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder
Gesundheit,
1178 befördern und die Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die
notwendige
1179 Umsiedlung in Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der
Klimakrise
1180 verlassen, brauchen internationalen Schutz.

- 1181 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das
Pariser
1182 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von
den Staaten
1183 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert.
1184
- 1185 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser
Klimaabkommens
1186 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“) der
nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die
1187 Klimaziele
1188 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der
Überprüfungsprozess am
1189 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich
unter 2

- 1190 Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit
orientieren.
- 1191 Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die Umsetzung und
1192 Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich ausbauen.
- 1193 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich
100
1194 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise
zu
1195 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa 10 Milliarden
Dollar.
1196 Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir
werden uns
1197 daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich 10
Milliarden
1198 Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung bereitstellt, mit
1199 denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können. Zusätzlich soll
- 1200 Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen
1201 Entwicklungsziele zu erreichen.
- 1202 • Die ambitionierte Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte
1203 2020 ein ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme
an den
1204 Zielen des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Das heißt zu Beispiel, dass
1205 klimaschädliche Subventionen abgebaut und alle klimabedingten
Geschäftsrisiken
1206 konsequent offengelegt werden.
- 1207 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
1208 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent
erneuerbaren
1209 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese
Ziele
1210 sobald wie möglich erreichen.
- 1211 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“,
werden
1212 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz
voranzubringen, die
1213 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
1214 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und
halten die Tür
1215 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
1216 entscheiden.
- 1217 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den
großen
1218 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität,
Energie,
1219 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl

1220 oder
1221 Zement ein.

1222 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
1223 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler
1224 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert
werden kann,
wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht.

1225 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht
1226 prognostiziert
– allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen
1227 unsere
humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die
1228 Klimakrise
einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen.
Wir
1229 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der
Klimakrise
1230 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren.
Und wir
1231 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu
können.

1232 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger
französischer
1233 Außenminister

1234 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO₂.

1235 [3]<https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>

1236 [4][https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/
1237 2016_2020/2019_09_Brie-
f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brief_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

1238 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer
Wahrscheinlichkeit
1239 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar
1,5° C
1240 Erderhitzung.